

Erweiterter Vortragstext von **Dr. Hans Georg Wieck**, gehalten am 13. 07. 2010 in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus / Stalinismus

Friedrich Werner Graf von der Schulenburg - Botschafter in Moskau

Diplomat an der Naht- und Bruchstelle der Diktaturen

Juli 2010

Vorwort

I. Einleitung

II. Der Weg in den Widerstand

III. Die Botschaftertätigkeit in Moskau

IV. Würdigung

Friedrich Werner Graf von der Schulenburg – Botschafter in Moskau

Diplomat an der Naht- und Bruchstelle zweier Diktaturen

Vorwort

I. Einleitung

Vor dem Hintergrund meiner eigenen, allerdings schon Jahrzehnte zurückliegenden Tätigkeit als Botschafter in Moskau möchte ich in der heutigen Veranstaltung, die in einem inneren Zusammenhag mit den Erinnerungsveranstaltungen zum Staatsstreich vom 20. Juli 1944 steht, über das diplomatische und politische Wirken von Botschafter Friedrich Werner Graf von der Schulenburg Werner Graf von der Schulenburg in Moskau sprechen.

Botschafter Graf Schulenburg hat seine Aufgabe, die er in den Jahren 1934 bis 1941, also bis zum Kriegsausbruch mit der Sowjetunion ausübte, unter außerordentlich schwierigen politischen Rahmenbedingungen erfüllen müssen. Sie wurden von den machtpolitischen Vorstellungen des nationalsozialistischen Deutschlands und der kommunistischen Sowjetunion und von dem widersprüchlichen Verhalten der anderen Großmächte gegenüber diesen Bedrohungen geprägt. An diesen Rahmenbedingungen ist sein Wirken, das auf die Erhaltung des Frieden und die Regelung offener Fragen auf diplomatischem Wege gerichtet war, im vordergründigen Sinne gescheitert. Mit seinem Wirken und mit seinem Tod als Mitglied des deutschen Widerstands ist Botschafter Graf von der Schulenburg aber Orientierung und Maßstab für die Nachwelt geworden. Er ist für den "Diplomaten als solchen" Mahnung und Vorbild zugleich.

Die innere Einstellung zu seiner Aufgabe in Moskau war sehr stark von seinem Verständnis der wechsellvollen Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschen und Russen und der geographisch zwischen ihnen lebenden Völker, vor allem der Polen geprägt.

Er hat viele Jahre seiner zunächst konsularischen Laufbahn vor dem Ersten Weltkrieg im österreichischen Galizien (Lemberg) und im Zarenreich verbracht, aber nicht in primär russisch sprachlichen Plätzen sondern in Warschau und Tiflis (1911-1914; sowie während des Ersten Krieges im benachbarten Erzerum/Türkei und während der Unabhängigkeitsbemühungen nach dem ersten Weltkrieg in Georgien. Friedrich Werner Graf von der Schulenburg hatte die russischsprachige Kultur und Zivilisation in sich aufgenommen und war fest davon überzeugt, dass es richtig und notwendig war, mit Russland in ein politisch, wirtschaftlich und kulturell konstruktives Verhältnis zu kommen, auch wenn die Ideologien dem zuwiderlaufen.

II. Der Weg in den Widerstand

Unser Gespräch über Botschafter Graf Schulenburg steht in einem unauflöslchen Zusammenhang mit dem aktiven Widerstand gegen Hitler, der sich aus politischen, militärischen und ethischen Gründen in Deutschland formierte. Nach seiner

Rückkehr aus Moskau im Jahre 1941 wurde er im Gespräch mit anderen Angehörigen des Auswärtigen Dienstes in diesen Kreis der Opposition einbezogen und stellte seine reichen Erfahrungen und großen Kenntnisse der Sowjetunion und der Russen zur Verfügung. In den Verhören durch die Gestapo (August – Oktober 1944) stellte er fest, dass er es als seine patriotische Pflicht angesehen habe, sich für den Fall innenpolitischer Veränderungen zur Verfügung zu stellen – und wie er hinzufügte, unter der Voraussetzung, „dass es sich um eine nationale Regierung handle und dass die politische Gesamtlage eine Arbeit überhaupt möglich mache“. Ich denke, dass er sich mit dieser Erklärung von den Aktivitäten des in Moskau während des Krieges gebildeten „Nationalkomitee Freies Deutschland“ absetzen wollte.

In dem auf seinen Wunsch am 13./14. August 1944 mit seinem früheren Mitarbeiter in Moskau, Botschaftsrat Gotthold Starke zustande gekommenen Gespräch eröffnete er seinem Besucher, dass er in Kürze mit seiner Verhaftung und Hinrichtung wegen seiner Zugehörigkeit zur politischen Opposition gegen Hitler rechne. Er fügte hinzu, dass er den Mitverschwörern als tragfähige Option für das neue Deutschland die „Orientierung nach Osten“ zu vermitteln versucht habe. Es sei mit und ohne Unterstützung der politischen Opposition in Deutschland bereit gewesen, mit diesem Ziel schon während des Kriegs durch die Linien zu gehen, um der sowjetischen Führung diese Botschaft zu übermitteln. Seit dem tragischen deutschen Angriff vom 22. Juni 1942 auf die Sowjetunion sei er davon überzeugt, dass der deutsche Versuch, dem deutschen Volk eine führende Rolle in Bezug auf die europäischen Nationen und die vereinigten Völker der Sowjetunion zuzuweisen, zum Scheitern verurteilt sei. Er bitte die sowjetische Führung: Seien Sie weise und nachsichtig mit dem deutschen Volk, dessen Mehrheit – die breiten Schichten – den Irrsinn des Krieges gegen die Sowjetunion verurteile. Er beauftragte seinen früheren Mitarbeiter, der darüber in sowjetischer Gefangenschaft in der Lubjanka im Jahre 1946 eine in den KGB/SFB-Akten befindlichen Aufzeichnung hergestellt hat, dem sowjetischen Außenminister (Volkskommissar) Molotow sein Politische Testament zu übermitteln.

In der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und in der Werteordnung des heutigen Deutschland haben Opposition und Widerstand gegen Hitler eine zentrale politische und moralisch-ethische Bedeutung.

Bundesminister des Auswärtigen Hans Dietrich Genscher sagte bei einer Feierstunde für die Opfer des Widerstandes gegen Hitler am 19. Juli 1984 zur Person von Friedrich Werner Graf von der Schulenburg:

„Werner Graf von der Schulenburg hatte viele Jahre als Botschafter in Moskau alles versucht, um wenigstens zu einem erträglichen Verhältnis zur Sowjetunion zu kommen. Und dann kam es zum Hitler-Stalin-Pakt, der äußerlich die Erfüllung seiner beruflichen Wünsche war und im Kern und in der Auswirkung deren Verkehrung in das Gegenteil. Schulenburg wollte das Verhältnis zur Sowjetunion entkrampfen, um damit Europa ein Stück friedenssichernder Stabilität zu verschaffen. Hitler aber nutzte den Pakt als einen Baustein seiner Kriegsvorbereitungen. Schulenburg hat sich, als er sah, dass das Unglück anders nicht zu wenden war, vorbehaltlos dem Widerstand zur Verfügung gestellt.“

Graf von der Schulenburg war deutscher Botschafter in Moskau vom 1. Oktober 1934 bis zum Kriegsausbruch 1941, blieb aber auch danach der Sache der deutsch-sowjetischen, der deutsch-russischen Beziehungen auf das Engste verbunden. Er wollte in seinen Moskauer Dienstjahren mit seinen diplomatischen Bemühungen, die

an die Verständigung von Rapallo 1922 und an den Berliner Vertrag von 1926 sowie an das Wirken seiner Vorgänger Graf Brockdorff-Rantzau und von Dirksen sowie Nadolny anknüpften, die ideologisch belasteten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland auf staatlicher und wirtschaftlicher Ebene stabilisieren und sie zu einem stabilen Element der Zusammenarbeit in Europa machen. Als zentralen Punkt seiner Bemühungen nach dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 bezeichne ich seine vielfältigen Versuche, die Entscheidung zugunsten eines deutschen Angriffs auf die Sowjetunion zu verhindern.

Schon früh wurden die Gegensätze zwischen der zum Kriege bereiten Außenpolitik Hitlers und den auf diplomatische Lösungen drängenden Bemühungen des Botschafters erkennbar – für die Offiziere der Wehrmacht, die innerhalb kurzer Zeit im November 1937 Zeugen der Erklärung Hitlers zu den Zielen und Mitteln der deutschen Außenpolitik und des Vortrags von der Schulenburgs in der Wehrmacht-Akademie in Berlin über die politischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion wurden. Das geschah am 25. November 1937. Drei Wochen zuvor hatte Hitler im Kreise der Wehrmachtführung seine außenpolitischen Ziele in Europa vorgetragen, die im Zweifel auch unter Anwendung militärischer Gewalt realisiert werden sollten. Darüber gibt das berühmte Hoßbach-Protokoll Auskunft.

Graf Schulenburg stellte den Zuhörern den sowjetischen Modernisierungsprozess – vor allem auf industriellem Gebiet - vor und wies auf die Möglichkeiten der deutsch-sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin, die ungeachtet des ideologischen Gegensatzes genutzt werden sollten; um Spannungen unter Kontrolle zu halten oder zu bringen und den Frieden in Europa zu sichern. Nach seinen Worten war die sowjetische Außenpolitik ungeachtet ihrer ideologischen Aggressivität bestrebt, kriegerische Verwicklungen zu vermeiden und fürchtete einen Zweifrontenkrieg – zumal Japan in die Mandschurei eingefallen war und damit in Fernost eine bedrohliche Situation für die Sowjetunion geschaffen hatte, die erst im Sommer 1939 stabilisiert werden konnte. Seine Analyse und die sich daraus ableitenden Schlussfolgerungen stellten eine deutliche Warnung vor militärischen Abenteuern des Deutschen Reiches dar. Mit dieser Auffassung stand der Botschafter in Deutschland nicht allein.

Wir wissen, er scheiterte mit seinen Bemühungen, den Angriff auf die Sowjetunion zu verhindern. Am 22. Juni 1941 begann der Russland-Feldzug. Der Botschafter setzte nach der Rückkehr aus Moskau im Sommer 1941 unter anderen Voraussetzungen sein Wirken für eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland fort.

Mit der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion hatte er nichts gemein und wurde – wie auch das Auswärtige Amt allgemein - politisch marginalisiert. Er wurde zum Leiter eines „Russland-Gremiums“ ernannt, dessen Arbeit kaum Jemanden im offiziellen Apparat des Reiches interessierte. Umso mehr war sein Rat, seine Bereitschaft zur Mitarbeit in den Oppositionsgruppen und –Kreisen gefragt, die den Sturz Hitlers nicht nur wünschten, sondern auch im Wege eigener Aktionen durchsetzen wollten.

Sie brauchten die Verbindungen zu den Kriegsgegnern Hitler-Deutschlands. Sie brauchten einen in der Sowjetunion so angesehenen Mann wie Botschafter Graf Schulenburg – sei es vor dem Staatsstreich, sei es danach. Es wird dem Menschen Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, der ganz in der Tradition einer Jahrhunderte alten Familie aufgewachsen war, loyal dem Staate zu dienen, nicht

leicht gefallen sein, sich den Menschen zur Verfügung zu stellen, die den Tyrannenmord für politisch notwendig und moralisch gerechtfertigt ansahen und danach handelten. Nach Gesprächen mit dem als Reichskanzler vorgesehenen Carl Friedrich Goerdeler, vormals Oberbürgermeister von Leipzig (1930-1937) und mit seinem auch der Opposition angehörenden Amtsbruder Ulrich von Hassel stimmte er zu, in der Kabinettliste als möglicher Außenminister genannt zu werden – neben dem zum Widerstand gehörenden früheren Botschafter am Quirinal, also bei der italienischen Regierung in Rom (1932-1938), Ulrich von Hassell. Er war auch bereit, für die Opposition, mit sowjetischen Vertretern in Stockholm Gespräche zu führen oder sich durch die Linien der Ostfront schleusen zu lassen.

Lassen Sie mich in Erinnerung rufe, dass die geopolitischen Vorstellungen der an der großen internationalen Krise beteiligten Mächte starken Schwankungen unterlagen und stets verdeckte Kontakte zwischen den krieg führenden oder politisch an den Krisen beteiligten Mächten involvierten. Viele dieser Kontakte sind bislang nicht dokumentarisch belegt worden. (vgl. Valentin Falin „Zweite Front – Die Interessenkonflikte in der Anti-Koalition“, München 1995). Moskau fühlte sich primär durch eine antisowjetische Koalition bedroht, Washington und London durch ein Zusammengehen von Moskau und Berlin. Im Ringen um „die Zweite Front“ und in der Ablehnung der Entsendung von westlichen Bodentruppen zur Unterstützung der Roten Armee im Kampf gegen die Wehrmacht und zur Befreiung Europas kamen die unterschiedlichen Interessen für die Neuordnung Europas nach dem Kriege und das Misstrauen gegenüber den sowjetischen Zielen in Europa zum Ausdruck.

In den Jahren bis zum Staatstreich am 20. Juli 1944 gab es wegen eines eventuellen Sonderfriedens eine Reihe von Fühlungnahmen offizieller deutscher und sowjetischer Vertreter in Stockholm.

In diesem Zusammenhang wurde auch erwogen, Graf von der Schulenburg wegen seines hohen Ansehens in Moskau in diese Kontakte einzubeziehen. Ribbentrop lehnte das ab. Er sah in dem Botschafter einen Gegner.

In der Opposition gab es eine Präferenz für die Fühlungnahme mit dem Westen. Die Kontakte mit dieser Seite zeigten kein Entgegenkommen gegenüber der Opposition nach einem Umsturz. So lag der Gedanke nahe, als Opposition auch mit Moskau Kontakt aufzunehmen – ohne damit eine ideologische Annäherung ins Auge zu fassen, wohl aber die geschichtlich gewachsenen Verknüpfungen zwischen Deutschen und Russen als positive Faktoren in dieser schwierigen Lage einzubringen. Graf von der Schulenburg hielt einen Sonderweg der Opposition mit Moskau für möglich. Andererseits lehnte er einen Sonderweg mit dem Westen und eine damit einhergehende antisowjetische Linie ab. Neben ihm gab es weitere Befürworter für eine solche Initiative im Jahre 1943. So schrieb Ulrich von Hassell am 15. 8.1943 in seinem Tagebuch *„Es gibt eigentlich nur noch diesen einen Kunstgriff „Entweder Russland oder den Angloamerikanern begreiflich zu machen, dass ein erhalten bleibendes Deutschland in ihrem Interesse liegt. Tatsächlich liegt eine gesunde europäische Mitte im Interesse sowohl des Ostens wie des Westen. Ich ziehe in diesem Mühlespiel das westliche Ziel vor, nehme aber zur Not auch die Verständigung mit Russland in Kauf. Trott ganz mit mir einig, die anderen aus theoretisch-moralischen Gesichtspunkten, die ich an sich verstehe, bedenklich, aber langsam sich überzeugend“.* Dieser Eintrag wird am 5. Dezember 1943 mit der Eintragung ergänzt: *„Werner Schulenburg schwört, meines Erachtens mit*

übertriebenem Optimismus, auf die Verständigungsmöglichkeit mit Stalin. Ich sehe natürlich auch im Mühlespiel die einzige Chance eines neuen Systems, aber nicht in der Form eines Doppelspiels, sondern die sichtbare der Fairness bei England ist die Entscheidende; Möglichkeit des Hinüberwechslens zum Osten muss sie ergänzen.“ Kurze Zeit danach heißt es in einem Tagebuch „Das Ganze bleibt wohl Fata Morgana“ Inzwischen hatte die Konferenz der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens in Teheran (November/Dezember 1943) stattgefunden und war die schon in Casablanca im August 1943 von Roosevelt und Churchill erhobene Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands als Leitlinie für das gemeinsame Vorgehen gegenüber Deutschland verabschiedet worden.

Graf von der Schulenburg hatte auch mit der Heeresgruppe Mitte (Oberst von Treskow) Verbindung aufgenommen, um durch die Front geschleust zu werden und einen Vermittlungsversuch für die Opposition direkt und unmittelbar in Moskau zu unternehmen. Ein solcher Schleusungskanal war vorbereitet worden. Ulrich von Hassell sieht dann im Dezember 1943 keine Möglichkeit mehr, dass Moskau mit einer Regierung der Opposition einen Sonderfrieden schließen könnte.

Im Herbst 1943 war in Moskau das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gebildet worden. Was hatte oder hätte näher gelegen, zwischen dem deutschen Widerstand und dem Nationalkomitee Verbindungen zu knüpfen, um die Möglichkeiten eines Sonderfriedens oder andere Formen der Zusammenarbeit zu sondieren? In Deutschland musste dafür Graf Schulenburg der richtige Ansprechpartner sein. Unterlagen dazu liegen nicht vor. Wir wissen, dass die Frontlinien für alle möglichen Missionen durchlässig waren. Es ist daher aufschlussreich, dass Eberhard Zeller („Geist der Freiheit“, Seite 324) bei der Schilderung der Planungen für internationale Sondierungen der deutschen Widerstandsgruppe im Sommer 1943 – also in der Phase der Vorbereitung eines Staatsstreichs - von „West“-Orientierung und „Ost“-Orientierung im Sinne einer Alternative spricht. Die Planungen führten schließlich ins Leere, da mit der von den drei Alliierten geforderten bedingungslosen Kapitulation Möglichkeiten des Doppelspiel oder des Ausspielens der einen gegen die andere Option in sich zusammenfielen. Der für den Herbst 1943 geplante Staatsstreich fand nicht statt.

Die von Goerdeler und anderen Mitgliedern der Verschwörung zusammengestellte Kabinettliste wurde von der GESTAPO im Tresor des ausgebombten Bristol-Hotels in Berlin gefunden. Die Verhaftung der darin genannten Personen erfolgte unverzüglich – im August 1944. Friedrich Werner Graf von der Schulenburg wurde am 23. Oktober 1944 zum Tode verurteilt und am 10. November 1944 hingerichtet.

III. Die Botschafter-Tätigkeit in Moskau

Sein Wirken als Botschafter in dem deutsch-russischen und dem deutsch-sowjetischen Beziehungsgeflecht möchte ich mit einigen Bemerkungen deutlich machen:

1. Am 1. Oktober 1934 trat Graf von der Schulenburg seinen Dienst in Moskau an.

Nach dem Urteil des Botschaftsrats Gustav Hilger („Wir und der Kreml“), der seit der Errichtung der Betreuungsstelle für Kriegsgefangene im Jahre 1919 der Botschaft und ihrer Vorgängerstruktur angehörte, hat es der Botschafter in seiner siebenjährigen Amtszeit in Moskau unter extrem schwierigen politischen Rahmenbedingungen („in den schweren Jahren“) wie kein anderer fertig gebracht, die deutschen Interessen mit sehr viel Geschick, Umsicht und Würde zu vertreten. Durch bewussten Verzicht auf eigene Initiative und die Befolgung des Grundsatzes, dass die Politik die Kunst des Möglichen sei, habe Schulenburg der deutschen Sache in Moskau große Dienste erwiesen. Angesicht der ständigen Gefahr, in der sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen in jenen Jahren befanden, hätte ein anderer entweder die Flinte ins Korn geworfen oder auf die Beschimpfungen in einer Weise reagiert, die ein weiteres Verbleiben in Moskau unmöglich gemacht hätte. Schulenburg dagegen ließ sich durch nichts beirren. Mit der unerschütterlichen Ruhe, mit der er die unerquicklichsten Dinge behandelte, und der unnachahmlichen Liebenswürdigkeit, mit der er sogar dem ihn beschattenden Agenten des NKWD entgegentrat, erreichte er es, dass die Widerwärtigkeiten des Moskauer Alltag wirkungslos an ihm abprallten. Diesem Umstand ist es unter anderem zu verdanken, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen die Krise überstanden und im August 1939 in den Dienst einer Aufgabe gestellt werden konnten, von der Schulenburg glaubte, dass ihre Erfüllung nicht nur den deutschen Interessen, sondern auch der Sache des Weltfriedens dienen würde.

Er musste feststellen, dass er sich getäuscht hatte.

Sein Mitarbeiter Hans von Herwarth – selbst später Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London – attestierte dem Grafen Schulenburg *„einen ganz ungewöhnlichen Charme, mit dem er das Vertrauen und die Zuneigung jeder Menschen gewann, der mit ihm in Berührung kam“* und *„neben reichen Berufserfahrungen ein enormes Wissen und ein erstaunliches Gedächtnis besaß, was den persönlichen Umgang mit ihm überaus reizvoll gemacht habe“*. An anderer Stelle bemerkt von Herwarth *„Auch in Berlin war Schulenburg so beliebt, dass ihm fast jeder Wunsch erfüllt wurde. So hatte er die Möglichkeit, Hitler zu sehen, wenn er es für nötig hielt. Während die Begegnungen zwischen Hitler und Nadolny von wilden Temperamentsausbrüchen begleitet waren, hütete sich Schulenburg, seine Gefühle offen zu zeigen. Sein Interesse galt nicht so sehr den Institutionen und Prinzipien, sondern vielmehr dem einzelnen Menschen, der dahinter stand. Er war stets bereit, die guten Eigenschaften im Menschen zu suchen und sie zu nutzen, ohne dabei ihre Schwächen zu übersehen. Dies ermöglichte ihm, Beziehungen zu Personen zu knüpfen, mit denen er sonst wenig Gemeinsames hatte. Wir, die wir täglich mit ihm zu tun hatten, sahen in dieser positiven Einstellung zu den Menschen auch eine Schattenseite. Er begegnete allen mit der gleichen Freundlichkeit, und die, die ihm besonders nahe standen, waren oft enttäuscht, dass er keinen Unterschied machte zwischen wirklich guten Freunden und beinahe Unbekannten oder auch solchen, die seine Freundschaft nicht verdienten. Schulenburg ging nur selten in die Kirche (bis 1934 bestand in Moskau noch die lutherische St. Petri-Pauli-Kirche), aber sicher entsprang – so von Herwarth – „seine menschliche Güte einer christlichen Einstellung. Für ihn war der Mensch ein Geschöpf Gottes und einen Menschen zu beleidigen, war eine Beleidigung des Schöpfer.“*

2. Dass die Dinge nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages vom 23. August 1939, der die Periode der Politik der kollektiven Sicherheit in Europa ablöste, eine völlig entgegen gesetzte Wende nahmen, war

sowohl für Schulenburg als auch für Hilger eine bittere Enttäuschung – und wohl auch für Stalin.

Stalin hatte nach Hilgers Analyse gehofft, die Expansionstendenzen des Dritten Reiches nach Westen zu lenken, um sich aus dem als sicher erwarteten Krieg als lachender Dritter heraus halten zu können und um sich während der „Atempause“ in den Besitz der im geheimen Zusatzprotokoll zugesicherten Interessensphären zu setzen sowie nach der erwarteten Selbstzerfleischung der kapitalistischen Mächte die ganze Macht der Sowjetunion in die Waagschale werfen zu können. Stalin war nach Abschluss des britisch-polnischen Beistandsabkommens vom 25. August 1939 bekannt geworden, dass in einem geheimen Zusatzprotokoll eine britische Verpflichtung im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Polen ausgeschlossen wurde. Diese Klausel sollte möglicherweise in letzter Minute die polnische Bereitschaft zu einem Kompromiss in den deutsch-polnischen Grenzstreitigkeiten fördern. Gewiss hat auch der Umstand eine Rolle gespielt, dass die sowjetisch-polnische Grenze von 1919 auf den Vermittlungsvorschlag von Lord Curzon zurückging, eine Linie, die am Ende des sowjetisch-polnischen Krieges durch den Friedensvertrag im Jahre 1921 zugunsten Polens verschoben worden war. Nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen am 17. September 1939 gab es keine britisch-französische Verpflichtung zur Kriegserklärung an die Sowjetunion.

An dieser Stelle ist daran zu erinnern, dass auch London und Paris sowie Washington auf eine deutsch-polnische Verständigung – also auf ein zweites Abkommen des Münchener Typs vom Jahre 1938 – hofften.

Die deutsch-sowjetische Demarkationslinie von 1939 und die Curzon-Linie von 1919 waren auf vielen Abschnitten der Grenzziehung identisch.

3. In den Jahren 1940 und 1941 taten Hitler und Ribbentrop alles, um Botschafter Graf von der Schulenburg und die Botschaft über die deutschen Angriffsabsichten zu täuschen. Gleichwohl – der Botschafter und seine Mitarbeiter hatten trübe Ahnungen und gaben sich viel Mühe, der sowjetischen Seite den Ernst der Lage klar zu machen. Die sowjetische Seite glaubte ihnen nicht, weil sie es sich nicht vorstellen konnten, dass sich jemand – der Botschafter und seine Mitarbeiter - bewusst einer Gefahr aussetze, um einen Versuch zur Erhaltung des Friedens zu unternehmen.

Welch' eine Parallelität zu dem Bemühen des französischen Botschafters in Russland, Marquis de Caulaincourt (1807-1811) in der Epoche Napoleons:

Beide Missionschefs warnten vor den Gefahren, die sich aus einem Krieg gegen den östlichen Koloss ergeben würden. Und beide scheiterten in ihren Bemühungen. Im Falle der Sowjetunion galt das auch für die Unterschätzung der sowjetischen Streitkräfte durch die deutsche Seite - so General Köstring, der deutsche Militärattaché in Moskau - und ich füge hinzu, die Außerachtlassung des amerikanischen Rüstungspotenzials, das die Krieganstrengungen der Sowjetunion in einigen Feldern maßgeblich verstärkte.

4. Moskau war auch nach dem Beitritt zum Völkerbund im Jahre 1933, der zeitlich mit dem deutschen Austritt zeitlich zusammenfiel und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der USA zur Sowjetunion NICHT in die Konsultationen der Westmächte einbezogen worden, die sie in Reaktion auf deutsche außenpolitisch relevante Aktionen unternahmen, um der Gefahr einer deutschen Expansions- oder gar

Aggressionspolitik zu begegnen. Dahinter vermutete der Kreml den Versuch, vor allem Londons, Deutschland in die antisowjetische Linie des Westens zu integrieren.

Moskau erblickte daher darin Bemühungen für einen Schulterchluss zwischen den Westmächten und Hitler-Deutschland mit einer anti-sowjetischen Spitze.

Moskau strebte daher eine Annäherung zwischen Berlin und Moskau an. Erinnerung sei an den Litwinow-Trinkspruch in Gegenwart des Botschafter Schulenburg beim Diplomatenempfang zum sowjetischen Nationalfeiertag, 7. November 1935 in Moskau: „Ich trinke auf die Wiedergeburt unserer Freundschaft“. (Abschied vom Konzept der Europäischen Kollektiven Sicherheit, da die Westmächte Moskau nicht an den Konsultationen beteiligten)

Den sowjetischen Vorschlag für ein alternatives kollektives Vertragssystem mit der Sowjetunion, Deutschland, Polen, den baltischen Republiken“ beantwortete Berlin indessen lapidar: „Deutschland zieht es vor, sich aus eigener Kraft zu schützen“. Hitler hielt sich im Verhältnis zur Sowjetunion an seine ideologische Voreingenommenheit.

Diese negative Voreingenommenheit Berlins gegenüber dem kommunistischen Moskau sollte in der August 39-Krise vorübergehend zurückgenommen werden – dann allerdings auf beiden Seiten mit nicht zu überbietender Eile und im wesentlichen unter Ausschaltung der deutschen Botschaft in Moskau, die sich in ihrer Berichterstattung auf die aktuellen Wirtschaftsfragen konzentrierte.

Am 3. Mai 1939 war der für eine aktive Zusammenarbeit mit den Westmächten gegen Deutschland eintretende sowjetische Außenminister Litwinow durch Molotow – einem engen Parteigänger Stalins – ausgewechselt worden.

Ein politisches Abkommen mit Berlin – so das Rational dieses Kurswechsels - würde eine militärische Konfliktsituation mit Deutschland vermeiden, territoriale Wünsche Russlands befriedigen und den Konflikt zwischen den Westmächten und Deutschland anheizen. Ohne die Moskauer Stillhaltepolitik gegenüber der deutschen Aggression gegen Polen wäre vielleicht Hitler der Krieg gegen Polen zu riskant erschienen, weil es dann doch zu einer strategischen Verständigung zwischen den Westmächten und Moskau hätte kommen können. Die Westmächte hatten immerhin am 26. Juli 1939 der sowjetischen Regierung ein Militärbündnis vorgeschlagen, Dies führte am 6. August zur Entsendung einer Verhandlungsdelegation mit dem Ziel nach Moskau, sich auf gemeinsame Maßnahmen gegen die Aggression Hitler zu verständigen. Dabei forderte die sowjetische Seite Durchmarschrechte in Polen und Rumänien.

5. Die deutsche Entscheidung zum Krieg (mit dem Angriffstermin 26. 8.) fiel nach der polnischen Ablehnung der deutschen Vorschläge für Danzig und den Korridor, die auch keine Unterstützung in London und Paris fanden und zwar weniger aus Gründen der Solidarität mit Polen, als vielmehr auf Grund der Einschätzung der Hitlerschen Außenpolitik, die - auch unter Einsatz militärischer Mittel - die deutsche Vorherrschaft in Europa zu erreichen suchte. Der Termin wurde angesichts des sich abzeichnenden britisch-polnisch Vertrages revidiert und fiel nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939. endgültig für den 1. September 1939

6. Was hören wir aus der Botschaft Moskau zu der strategischen Rochade Moskaus?

Molotow präzisierte im Juni 1939 im Gespräch mit Botschafter Schulenburg die Rahmenbedingungen für eine politische Zusammenarbeit:

- (1). die Feststellung beider Seiten, dass zwischen Deutschland und der Sowjetunion keine Streitpunkte in lebenswichtigen Fragen bestehen,
- (2). eine Erklärung zu den deutschen Absichten in Bezug auf Polen, mit dem Deutschland seit 1934 einen Nichtangriffsvertrag hatte.
- (3). eine Klärung der sicherheitspolitischen Relevanz der Nichtangriffverträge zwischen Deutschland und den baltischen Staaten für die Sowjetunion;
- (4). die Bestätigung der Fortgeltung des 1926 geschlossenen Handels- und Neutralitätsvertrages.

Berlin blieb mit der Antwort im Verzug, aber die im Gespräch von der Schulenburg-Astachow (sowjetischer Geschäftsträger in Berlin) benutzte Formel, dass es Deutschland und Russland in der Geschichte immer gut gegangen sei, wenn sie Freunde gewesen seien und schlecht, wenn sie verfeindet waren, machte die Runde auf der diplomatischen Bühne.

Immerhin konnte Schulenburg dann auch dem sowjetischen Außenminister Molotow am 28. Juni erklären, dass „Deutschland keine bösen Absichten gegenüber der Sowjetunion hege, und dass der Berliner Vertrag von 1926 weiterhin in Kraft sei.“

Dies war ein neuer Ton in der diplomatischen Sprache des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Moskau. Jahre hindurch hatte die deutsche Regierung nach 1933 nur widerwillig Bezug auf den Vertrag von 1926 genommen, der ja von der verhassten Weimarer Republik mit Moskau abgeschlossen worden war.

7. Parallel zu den Verhandlungen Moskaus mit London und Paris ergriff die deutsche Diplomatie die Initiative in Moskau und schlug am 14. August 1939 einen Besuch Ribbentrops bei Stalin vor, um bei dieser Gelegenheit nicht nur das deutsch-sowjetische Freundschaftsverhältnis wiederherzustellen, sondern auch im Namen Hitler gegebenenfalls territoriale Fragen Osteuropas gemeinsam zu klären.

Das zur Vorbereitung der Moskauer Verhandlungen übermittelte Memorandum Ribbentrops an die sowjetische Regierung redigierte Schulenburg (Sommer Seite 71) und eliminierte die schlimmsten ideologischen Auswüchse in dem Text. An die Stelle einer ausdrücklichen Darstellung der ideologischen Gegensätze zwischen den beiden Ländern, setzte Schulenburg nur den Hinweis auf weltanschauliche Gegensätze zwischen den beiden Seiten. Das geschah durchgängig in dem Memorandum und zeigt die Absicht des Botschafters, das Beziehungsgeflecht auf die Interessen der Staaten, nicht die der Ideologien abzustellen.

Der Historiker und frühere Diplomat Erich F. Sommer stellt dann abschließend fest (S.75):

„Das Einmalige und Unheimliche dieses als Teufelspakt in die Weltpolitik eingegangenen Vertrags war Schulenburg bewusst. Stalin hatte bisher an keinen internationalen Verhandlungen teilgenommen und jeden Kontakt mit Ausländern

vermieden. Er zeigte sich bei den Verhandlungen mit Ribbentrop gut unterrichtet, klar und prägnant formulierend, den Deutschen gegenüber geradezu leutselig und entsprechend seiner geschmeidigen Verhandlungsweise „deren Wachsamkeit einschläfernd.“

Schulenburg und Gustav Hilger, der an diesen Verhandlungen als Dolmetscher teilnahm, meinten im Rückblick: Wir nahmen in der Hoffnung an den Verhandlungen teil, dass sich der Nichtangriffspakt als ein Instrument des Frieden erweisen könnte.

Der US-Historiker Carl E. Schorke stellt die Frage, ob Schulenburg die Welt verstanden habe, in der er wirkte. Schulenburg hatte sich bislang skeptisch gegenüber den Möglichkeiten der Annäherung und Verständigung gezeigt. Er hatte keinen Anteil an dem Konzept, das zu diesem Ergebnis führte. Er meinte dann, dass dieses Abkommen England und Frankreich veranlassen könnte, auf Polen im Sinne eines Kompromisses Einfluss zu nehmen. War das vielleicht auch die Absicht der britisch-polnischen Vereinbarung vom 25.8. 1939 mit dem geheimen Zusatzprotokoll gewesen? Wohl ja!

Am 27. 9. 1939 wurde der Teufelspakt ergänzt: Alle Deutschen in den der Sowjetunion zufallenden Gebieten werden nach Deutschland zurückgeführt. Eine historische Tragödie, wie ein Besuch in den alten jetzt wieder hergerichteten Altstädten oder Stadtzentren der Hansestädten an der Ostsee – Danzig, Riga, Dorpat und Reval/Tallin dem Besucher deutlich macht.

8. Es folgten zwei Jahre mit Konsultationsmängeln auf beiden Seiten. Deutschland greift auf den Balkan über, um den Briten Einfallstore auf dem Kontinent zu verwehren (Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien). Russland fühlt sich hintergangen und greift nicht nur auf Bessarabien zu, sondern auch auf die Südbukowina, was in dem Teilungsabkommen von 1939 nicht vorgesehen war. Außerdem griff Moskau Finnland im Winter 1939 militärisch an.

Beim Molotow-Besuch in Berlin, November 1940, bleiben die russischen Fragen wegen Finnland und wegen des Bosphorus und des Zugangs zum Mittelmeer unbeantwortet.

Gleichzeitig ergeht der Befehl für die Planung der Barbarossa-Operation – nicht aus Verärgerung über Abstimmungsschwierigkeiten mit Russland, sondern aus ideologischen Gründen und um, wie argumentiert wurde, dem militärischen Aufbau der Sowjetarmee sowie den Stalin unterstellten Expansionsabsichten zuvorzukommen. Hitler hoffte, nach einem raschen Sieg über Russland unter Nutzung der Rohstoffe des Landes dann Großbritannien erfolgreich angreifen zu können.

Bei Hitler dürften auch die Überschätzung des deutschen militärischen Potenzials, die Unterschätzung des sowjetischen Potenzials sowie der geographischen Rahmenbedingungen eines Krieges gegen Russland und schließlich die Außerachtlassung aller internationalen Implikationen eines solchen Krieges eine Rolle gespielt haben.

Die strategischen Folgen eines solchen Angriffs wurden nicht bedacht (US-Hilfe für die Sowjetunion). Die Überdehnung der Fronten und der Rückstand in

technologischer Innovation bei den strategisch wichtigen Waffensystemen (Erkennung, Elektronik, Bomberflotte, U-Bootflotte, Panzerwaffe, Luftabwehr-Raketen) erwiesen sich – militärisch betrachtet - als verhängnisvoll.

9. Schulenburg und seine Botschaft unternehmen das ihnen Mögliche, um vor dem Angriffskrieg und seinen katastrophalen Folgen zu warnen:

Die „Washington Post“ berichtete im Jahre 1951 über die von den Alliierten veröffentlichten Berichte der deutschen diplomatischen Auslandsmissionen vor Ausbruch des Krieges 1939 und danach und bescheinigte ihnen „dass sie „wahrheitsgetreu und unverfärbt“ berichtet hätten und vor verhängnisvollen Schritten gewarnt hätten – in gleicher Weise zutreffend für Schulenburg wie die Amtsbrüder in Washington, London und Paris.

Der auch von Schulenburg befürwortete Besuch Molotows in Berlin (12.-14. November 1940) brachte entgegen seinen Hoffnungen keinen Brückenschlag zwischen den konkreten Vorstellungen vom erwünschten Ergebnis der Gespräche auf russischer Seite und den globalen Aufteilungsfantasien Hitlers, mit denen er Moskau auf Indien und den Persischen Golf ablenken wollte.

Botschafter Schulenburg war von General Halder über die Planung Barbarossa unterrichtet worden. In seiner Berichterstattung sprach er gleichwohl von „unverantwortlichem Gerede über solche Angriffspläne“.

Stalin verabschiedete am 13. April den japanischen Außenminister auf dem Bahnhof persönlich – ein ungewöhnlicher Akt – und sprach dann den deutschen Botschafter an „Wir werden mit Euch Freunde bleiben – auf jeden Fall!“

Und Hitler bekräftigte am Schluss seines Gesprächs mit Botschafter Schulenburg am 28. April 1941 die Feststellung „Und noch eins, Graf Schulenburg, einen Krieg gegen Russland beabsichtige ich nicht“. Bei seiner Rückkehr nach Moskau sagte er aber Gustav Hilger“ Die Würfel sind gefallen. Der Krieg ist beschlossene Sache. Er – Hitler – hat mich eben mit Absicht angelogen (Sommer S. 96 f.)“.

Schulenburg hatte um das Gespräch mit Hitler gebeten, um nochmals - gleichsam in letzter Stunde - den Versuch zu unternehmen, Hitler dazu zu bringen, die Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion zu revidieren. Er warnte vor den unübersehbaren Folgen eines solchen Krieges und führte Hitler vor Augen, dass der Krieg nicht gewonnen werden könne. Das Memorandum lag Hitler – wie auch Ribbentrop und dem Staatssekretär von Weizsäcker vor. Das Memorandum ist in den Akten nicht vorhanden

Sein Inhalt ist nur in der Form der Stellungnahme des Staatssekretärs von Weizsäcker überliefert. Das Auswärtige Amt warnte selbst vor dem Krieg.

Das Memorandum räumt offenbar die Möglichkeit eines deutschen militärischen Anfangserfolges ein, hält aber die Fortsetzung des Krieges mit einer östlich von Moskau sich festsetzenden Sowjetunion für wahrscheinlich. Der Krieg könne gegen die russische Bevölkerung weder wirtschaftlich noch politisch und gesellschaftlich gewonnen werden. Der Angriff auf Russland würde in London als deutsches Eingeständnis angesehen werden, dass Deutschland Großbritannien nicht

ausschalten könne. Eine Verlängerung des Krieges sei die Folge eines Angriffs gegen die Sowjetunion.

In dem halbstündigen Gespräch am 28. April beschuldigte Hitler nach dem Vermerk des Botschafters über das Gespräch Großbritannien, die Nationen in Europa gegen Deutschland aufzuhetzen. Aber es dürfte London wahrscheinlich nicht gelingen – so Hitler - die Sowjetunion für einen solchen Krieg gegen Deutschland zu kaufen. Aber er – Hitler - dürfe die expansiven Tendenzen Moskaus (z. B. gegenüber Finnland und in Bezug auf die Dardanellen) nicht außer Acht lassen und er habe vorsichtig zu sein.

Schulenburg unterstrich die fortbestehende Bereitschaft Moskau, der deutschen Seite wirtschaftlich entgegenzukommen und warnte vor einem Krieg, der nicht gewonnen werden könne.

Der Botschafter war sich darüber im Klaren, dass er Hitler nicht hat umstimmen können. Man muss sich fragen: Hätte er andere Parteigrößen oder Personen mit Zugang zu Hitler über die von ihm für richtig eingeschätzte innere Lage der Sowjetunion und die Folgen eines nur teilweise erfolgreichen militärischen Feldzuges aufklären müssen und können? Das hätte nach Lage der Dinge nur mit Unterstützung Ribbentrop geschehen können - aber hatte Ribbentrop dazu die Einsicht und das politische Gewicht? Wohl nicht! Valentin Falin spricht in seinem Buch „Die Zweite Front“ vom Widerstand des Ribbentrop-AA gegen den Barbarossa-Plan und von der Weisung an die Botschaft in Moskau, Argumente gegen den Angriffsplan gegen die Sowjetunion zusammenzustellen (Weizsäcker-Initiative?).

Der Botschafter und seine Mitarbeiter warnen in einer mutigen Aktion die sowjetische Führung auf höchster Ebene vor dem deutschen Angriff!

Es ist unbestritten, dass Stalin die deutsche Angriffsplanung und die Entscheidung zur Offensive am 22. Juni 1941 kannte. Dennoch brachte er die sowjetischen Truppen nicht in geeignete und vorteilhafte Verteidigungspositionen. Man kann spekulieren, dass Stalin die Schlacht um Moskau zur Entscheidungsschlacht deklarierte und als solche vorbereitete.

IV. Würdigung

1. Friedrich Werner Graf von der Schulenburg hat sein Wirken in Moskau in die Tradition der Jahrhunderte alten Beziehungen zwischen Russen und Deutschen und ihrer staatlichen sowie gesellschaftlichen Strukturen auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet gestellt.

2. Ungeachtet der großen Gegensätze zwischen dem demokratischen Deutschland der Weimarer Republik und dem kommunistischen System der Sowjetunion sowie zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus nach 1933 setzten sich die deutschen Botschafter in Moskau stets für politische Stabilität in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder ein, und zwar im Interesse der Stabilität in Europa, aber auch mit dem Ziel, angesichts der Negativ-Wirkungen des Versailler Vertrags das Potenzial der Zusammenarbeit mit dem traditionellen Partner im Osten – mit Russland - zu optimieren. Das Abkommen von Rapallo (1922) und der Berliner Vertrag von 1926 mit seiner wirtschaftlichen und

seiner sicherheitspolitischen Dimension sind dafür Meilensteine – besonders in der Zeit der internationalen Isolierung beider Länder als Folge des Versailler Vertrages und der kommunistischen Revolution in Russland. Die geheime militärische Zusammenarbeit ist zu erwähnen wie auch die Bedeutung des sowjetischen Markts für die deutsche Wirtschaft in der Weltwirtschaftskrise nach 1929.

Moskau fürchtete ein Bündnis von London - also des Westens – mit Deutschland und einen Waffengang in dieser Konstellation (Implikationen des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934). Der Westen fürchtete eine Allianz Moskau-Berlin.

Beide Länder sind bei der Gestaltung ihrer Beziehungen häufig der Versuchung ausgesetzt gewesen und erlegen, ihre Interessen zu Lasten der kleineren Staaten der Region zu befriedigen.

3. Graf von der Schulenburg, der auf Grund seiner früheren Verwendungen vor, während und nach dem ersten Weltkrieg im Auswärtigen Dienst (Lemberg, Warschau, Tiflis, Erzerum) tiefen Einblick in das russische Leben und das der nationalen Minderheiten im Zarenreich und in der österreichischen Donaumonarchie hatte, stellt sich bei Übernahme der Botschafterfunktion in Moskau bewusst in die Tradition seiner Vorgänger. Im Auswärtigen Amt und in Moskau gewinnt Graf von der Schulenburg hohes Ansehen – auch bei seinen Mitarbeitern in der Botschaft, die in Moskau in den zwanziger und dreißiger Jahren als eine der bestinformierten und vernetzten diplomatischen Missionen angesehen wurde.

4. Angesichts des nationalistischen sowie antidemokratischen und antikommunistischen Kurses der internationalen Politik Hitler-Deutschlands sind die Nachbarn Deutschlands, und auch Moskau im Jahre 1933 verunsichert.

Moskau fürchtet ein westliches Bündnis mit Deutschland gegen die Sowjetunion, weil es zu internationalen Konferenzen über politische Konflikte in Europa nicht hinzugezogen wird. Die westlichen Staaten nehmen auch einseitige Maßnahmen Deutschlands zur Revision de Versailler Vertrags unwidersprochen hin. Es erscheint so, dass Hitler seine Forderungen gegenüber Polen jedoch nicht mit westlicher Toleranz durchsetzen kann. Im Ringen um die Unterstützung Moskau sticht Berlin die Westmächte aus, weil Berlin seine ideologische Konfrontationsmentalität gegenüber Moskau suspendiert und mit dem ebenfalls expansiven Moskau eine weitere Teilung Polens sowie die Abgrenzung von Macht- und Einflusssphären in Ost- und Südosteuropa vereinbart. In Bezug auf die Ostgrenze Polens hat der britisch-polnische Vertrag vom 25. August 1939 allerdings Moskau auch freie Hand gegeben.

5. Das Bemühen des Botschafters um stabile politische Beziehungen zwischen Moskau und Berlin wird in Berlin zunehmend honoriert und gleichzeitig missbraucht. Aus der Botschaft kommen warnende Berichte über die Absichten Hitlers in die internationalen diplomatischen Kanäle – vor allem die der USA. Angesichts der außerordentlich engen vertrauensvollen Zusammenarbeit des Botschafters mit seinen Mitarbeitern und deren Loyalität zum Botschafter muss man den Schluss ziehen, dass diese Informationen mit seiner Zustimmung weitergegeben wurden. Der Botschafter zweifelte offenbar daran, dass die deutsche Regierung den Interessen des Landes diene und befürchtete, dass die ideologisch verkantete Außenpolitik Gefahren für die Lebensinteressen Deutschlands und für den internationalen Frieden herauf beschwöre.

6. Diese Einsicht wird in Verbindung mit den dem Botschafter vorliegenden Informationen über die Planung für den Krieg gegen die Sowjetunion unter dem Stichwort „Barbarossa“ zur Gewissheit. Im April 1941 unternimmt er auf der Grundlage eines Memorandums den letzten Versuch, Hitler unmittelbar auf die verheerenden Folgen eines Angriffs gegen die Sowjetunion aufmerksam zu machen. Der Krieg könne nicht gewonnen werden.

7. Die ihm vorliegenden Informationen über die Kriegs- und Besatzungspolitik Hitler-Deutschlands in der Sowjetunion und das Gespräch mit anderen deutschen Diplomaten nach seiner Rückkehr aus Moskau im Sommer 1941 bringen ihn in die Opposition. Während die Regierung es ablehnte – genau genommen lehnte Hitler es ab – ihn an offiziellen Sondierungsgesprächen mit sowjetischen Vertretern in Stockholm zu beteiligen, erklärt er sich im Kreise der deutschen Opposition dazu bereit, vor oder nach einem Staatsstreich mit der sowjetischen Seite zu sprechen, um einen Sonderfrieden zu erreichen oder aber Verhandlungen Deutschlands mit den Alliierten Mächten vorzubereiten. Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation machte diese Pläne zur Makulatur. Es bleibt die Frage offen, ob es den Versuch einer Kontaktaufnahme des Nationalkomitées Freies Deutschland zu Botschafter Graf Schulenburg gegeben hat.

8. Botschafter Graf von der Schulenburg ist aus patriotischen und professionellen Gründen zum Gegner des Regimes geworden und hatte sich bereit erklärt, in sehr schweren Zeiten seine Person und sein hohes Ansehen in der internationalen Staatenwelt in den Dienst der Bemühungen um die Wiederherstellung vertrauensvoller und entwicklungsfähiger Beziehungen zwischen den Menschen, den Regierungen und Institutionen beider Länder einzubringen. Dafür hat er in ehrenvoller Weise mit dem Leben gezahlt.

Mit Recht wird mit seiner Büste in den Räumen der Botschaft Seiner gedacht.

9. Hier noch eine ausländische, eine amerikanische Stimme zu Botschafter von der Schulenburg, US-Historiker Carl E. Schorke:

„Die gleiche Lehnstreue, die ihn in seinem Dienst für ein Jahrzehnt und bis zum Äußerten den Nazis verpflichtete, führte ihn schließlich zur Rebellion gegen sie. Seine Vorstellung von der Staatsraison erlaubte ihm – wenn auch reichlich spät – in Deutschland wie in Russland den Unterschied zwischen dem Staat als solchem und denjenigen, die die Macht ausüben, zu erkennen. Sein Sinn für Realitäten führte ihn zu dem Punkt des entschiedenen Bruchs im Interesse des Staates und zuungunsten derjenigen, die die Macht im Staate missbrauchten.“

Berlin, Juli 2010

Hans-Georg Wieck
